

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Beleggebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Postdruck 3.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Postzeitungsliste für 1919 eingetragene Zeitung.

Jahrespreise: In den Adressverzeichnissen oder deren Raum L 20 III. Wochensatzung des Verlagsvertrages 20 Pf., jedes weitere 20 Pf. Lesersatzung 10 Pf. Bei Familien- u. Vereinsabonnements 10 Pf. der Zuschlag locat. Inverale für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 13. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Betrug der Regierung.

Berichtigung der Nationalversammlung.

Unter der Ueberschrift „Die neue Verfassung in Kraft“ wird folgendes veröffentlicht:
Am Reichs-Verordnungsblatt wird die neue Verfassung des Deutschen Reichs veröffentlicht, die damit in Kraft getreten ist. Die ersten Folgen hiervon hat der Reichspräsident sofort gezogen, indem er den bisherigen Präsidenten des Reichsministeriums, Herrn Gustav Bauer, zum Reichspräsidenten ernannt hat. Die Ernennung erfolgte auf Grund des Artikels 53 der Verfassung. Dieser lautet:

„Der Reichspräsident wird auf seinen Vorschlag die Reichsmuster vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen.“
Die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, deren wichtigste Aufgabe nunmehr erledigt ist, führt von jetzt an die Bezeichnung „Reichstag“, und die bisherige Vertretung der Landesregierungen bei der Reichsregierung, der Staatsaufsicht, hat aufzuheben. An seine Stelle ist der „Reichsrat“ getreten. Gleichzeitig hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, nach der Beamten des Reichs und der Länder, der Gemeinden, Kommunalverbände und sonstigen öffentlichen Anstalten sowie die Angehörigen der Wehrmacht unverzüglich auf die Reichsverfassung zu vereidigen sind.

Es folgt eine Verordnung des Präsidenten Ebert, der augenblicklich in Schwabburg in Thüringen residiert, über die Eidesformel für die Beamten und die Regierungssoldaten.

Mit dieser Veröffentlichung wird ein ungeheurer Betrug am deutschen Volke verübt. Nach dem Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 hat die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß die Nationalversammlung sofort aufzulösen ist, sowie sie die ihr vorgeschriebenen Aufgaben erledigt hat. An ihre Stelle tritt der Reichstag, der erst auf Grund von Neuwahlen zusammenzutreten kann. Es kann gar kein Zweifel darüber herrschen, daß Nationalversammlung und Reichstag zwei verschiedene Körperschaften sind. Die Nationalversammlung stellt nur ein Provisorium dar, der Reichstag soll nach der Verfassung eine dauernde Einrichtung bleiben. Die Veröffentlichung des Reichspräsidenten betont ausdrücklich, daß die Nationalversammlung ihre wichtigste Aufgabe nunmehr erledigt habe. Statt daraus den Schluss zu ziehen, daß die Nationalversammlung aufzulösen ist und Wahlen für den neuen Reichspräsidenten anzukündigen sind, macht sich der Reichspräsident die Bemerkung an, der Nationalversammlung die Bezeichnung „Reichstag“ beizulegen und sie als ständiges Parlament weiterzulegen zu lassen. Anzusehen soll die erlassene Verordnung von Weimar noch eine ganze Legislaturperiode, also vier Jahre lang, beibehalten werden.

Wenn vom Standpunkt der formalen Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus muß gegen diesen Betrug der einem Staatsreich nahe kommt, schärfster Protest erhoben werden. Die Fortsetzung der Nationalversammlung als Reichstag bedeutet eine frasse Ungeheuerlichkeit, und es ist gerade auf Grund der Verfassung noch zweifelhaft, ob diese Körperschaft überhaupt noch das Recht hat, bindende Gesetze zu schaffen. Das Ganze ist ein krasser Akt von Willkür, eine grobe Verletzung der wichtigsten Interessen des Volkes. Die Regierung scheint es aber gerade darauf anzulegen, das geringe Vertrauen, das die Weimarer Körperschaft in der Bevölkerung überhaupt noch besitzt, gänzlich zu zerstören.

Aber abgesehen von der verfassungswidrlichen Seite dieser Angelegenheit, muß gefordert werden, daß die Nationalversammlung schnellstens aufgelöst wird und dem neuen Reichstag Platz macht. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Parteiverhältnisse im Reich sich seit den Wahlen zur Nationalversammlung ganz gewaltig verschoben haben. Die Nationalversammlung ist nicht im entferntesten mehr der Ausdruck der Stimmung der Bevölkerung. Die Regierung, die sich auf diese Nationalversammlung stützt, hat kein Recht, im Namen des Volkes zu sprechen. Aber gerade die Furcht vor der kommenden Abrechnung treibt die Regierung dazu, diesen Betrug zu begehen, die Nationalversammlung weiter tagen zu lassen, die Neuwahlen auf Jahre hinaus zu verschieben. Der blanke Partei-

egoismus feiert hierbei eine Orgie. Es ist brutaler Terrorismus gegen die anderen Parteien, der von den Rechtssozialisten und dem Zentrum mit diesem Willkürakt ausgeübt wird.

Denklicher konnte sich nicht enthüllen, was die scheinsozialistische Regierung unter „vollendeter Demokratie“ versteht. Nicht nur, daß die Rechtssozialisten, die die Mehrheit in der Regierung bilden und vorläufig noch die stärkste Partei in der Nationalversammlung sind, den Kapitalismus zu einer Wiebergeburt verhelfen haben, setzen sie ihrer Politik des Verrats die Krone auf, in dem sie es zu verhindern suchen, daß der Volkswille zum Ausdruck kommt. Wir erheben gegen diesen Betrug den schärfsten Protest, wir verlangen, daß Reichspräsident und Regierung ihre Pflicht erfüllen und selbst die Gesetze befolgen, deren Beachtung sie von den Arbeitern mit Maschinenengewehren und Handgranaten, Belagerungszustand und Schußhaft zu erzwingen suchen!

Eine republikanische Kundgebung.

H. N. Wien, 13. August.

Die feierliche Demonstration, die heute von der gesamten bewaffneten Macht Deutschösterreichs veranstaltet wurde, nahm bei einer Teilnahme von etwa 15.000 Volkswachmännern, Sicherheitswachen und Gendarmen einen regelmäßigen und ruhigen Verlauf. Um 11 Uhr hatten sich beim Parlamentssitzungssaal alle in Wien anwesenden Kabinettsmitglieder, mit Bizelemandier Gint an der Spitze, ferner alle Staatssekretäre, Unterstaatssekretäre, Vertreter der Gemeinde, Landeshauptmann Severin und Landeshauptmannstellvertreter Steiner eingefunden. Punkt 11 Uhr kamen von der linken Seite des Parlaments unter den Klängen der Marschmusik Präsident Seidl, Staatssekretär Dr. Deutsch, Unterstaatssekretär Ellenbogen und der Landeshauptmann Gaaß. Als erster ergreift der Vertreter der Volkswache Dr. Frey das Wort, der sich in bester Weise, wiederholt durch Zustimmungsrufe unterbrochen, gegen die Habsburger wandte, die am Unglück Deutschösterreichs Schuld seien. Hieraus gelangte Präsident Seidl zum Wort und sagte u. a.: Der Kwangtschong Oesterreich-Ungarn war nicht nur ein Fluch des Volkes, er war auch der Herd der Reaktion in ganz Europa. Durch Not und Tod haben die Blätter nun den Weg zur Freiheit gefunden, allen voran, die Deutschen in Oesterreich. Wenn jemand den Versuch unternehmen sollte, diese Freiheit anzutasten, so will ich auf dieser feierlichen Kundgebung dieses Tages sagen, daß wir einschließen sind, jeden Angriff abzuwehren, ihn niederzuschlagen, nicht nur mit unseren Worten, sondern auch, wenn es notwendig sei, durch die Gewalt der Waffen. Wir sind in einem furchtbaren Elend, Hunger und Not durchgeleben das Land. Ein furchtbarer losenannter Friede droht und mit wirtschaftlicher und finanzieller Vernichtung. Trost dem werden wir und nicht beugen. Wir werden kämpfen für unsere Freiheit, für ein Aufstehen der deutschösterreichischen Republik, für eine Aufwärtsentwicklung in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Das ist unser fester und feierlicher Entschluß. Wir rufen unsere Bräder in Ungarn zu, daß wir das Anrecht tun werden, um uns vor einer solchen Reaktion zu schützen. Die Menge brach am Schluß der Rede in ein dreifaches Hoch aus. Die Musik spielte die Marschmusik, worauf der Vorbeimarsch der Truppen begann, der bis 3 Uhr dauerte. Danach rückten die Bataillone in ihre Kasernen ab.

Hoover über die Wirtschaftslage Europas.

Amherst, 13. August.

Laut „Telegraph“ veröffentlicht „Times“ das Memorandum Hoover's über die Wirtschaftslage Europas. Hoover erklärt, eine Statistik habe ergeben, daß in Europa 15 Millionen Familien in der einen oder anderen Form Arbeitslosigkeit unterworfen sind. Er erklärt, die hauptsächlich durch eine dauernde künstliche Steigerung der Salts bezahlt werde. Als Hauptursache des verminderten Erzeugnisvermögens bezeichnet Hoover die industrielle und kommerzielle Entartung während des Krieges. Unglücklicherweise händen die Arbeiter auf dem Standpunkt, daß eine Verminderung der Kräfteanstrengung die Erwerbslosigkeit vermindere und ihre eigene Lage verbessern werde. Hoover verurteilt es, daß die Produktion nach dem Waffenstillstand fortgesetzt werde. Er erklärt, die Lage könne sich nur bessern, wenn man begreifen lerne, daß eine Steigerung der Erzeugung dringender notwendig ist. Die heutigen Preise seien nur ein äußerliches Kennzeichen für ungünstige Erzeugung.

Wie es ward.

Von Jakob Welner.

Die nachstehenden, der „Wiener Arbeiterzeitung“ entnommenen Ausführungen des Vorsitzenden des Budapestener Zentralarbeiterrates, den zu den bekanntesten Führern des linken Flügels der ungarländischen Sozialdemokratie gehört, beleuchten in instruktiver Weise die Zusammenhänge, die zur Märzrevolution und jetzt zum Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik geführt haben.

Die Reaktion jubelt vor Freude, denn sie glaubt, daß der Sturz der ungarischen Räteregierung den Niederbruch der ungarischen Arbeiterklasse und des Sozialismus bedeute. Momentan hat es, aus der Ferne betrachtet, wohl den Anschein, als ob die organisierte Arbeiterschaft vollständig hilflos wäre. Es werden sich aber alle täuschen, die da glauben, daß die Arbeiterschaft die Restauration der Habsburger und die Reaktion des weißen Terrors über sich widerprüdlos ergehen lassen werden. Der im Interesse des Erzherzogs Josef vollführte Putsch war nur unter dem Schutze der Bajonette von 40.000 rumänischen Soldaten möglich. Die neue Regierung glaubt selber nicht daran, daß sie die Vertreterin des Volkswillens wäre, und sollte während der rumänischen Besetzung keine Aenderung vor sich geben, ist der Umsturz demnach unvermeidlich in dem Augenblick, da normale Zustände eintreten werden.

Bevor wir uns jedoch mit der gegenwärtigen Lage beschäftigen, müssen wir einen Rückblick nehmen auf die Geschehnisse vor dem 21. März. Die Dinge, die mit dem militärischen Zusammenbruch der Monarchie im Zusammenhang stehen, müssen uns um so mehr beschäftigen, da es dem Ausland unverständlich erscheint, wie es zwischen der Sozialdemokratie, die nach der Oktoberrevolution die Agitation der Bolschewiki aufs entschiedenste bekämpft hatte, mit den Bolschewiki zu einer Einigung kommen konnte. Die Geschehnisse, die die alte Partei auf diesen verhängnisvollen Weg drängten, können hier nur in aller Kürze gestreift werden. Das Urteil, ob die Vereinigung unumgänglich war, oder ob es vorteilhafter gewesen wäre, wenn die Partei in ihrem Kampfe gegen den Bolschewismus zugrunde gegangen wäre und diese Bolschewiki allein den Versuch gemacht hätten, die Gesellschaftsordnung des Kommunismus zu verwirklichen, muß dem Geschichtsschreiber überlassen werden.

Denn es blieb nur diese Wahl übrig. Nach dem Zusammenbruch der Front verfolgte die Koroly-Regierung eine viel zu schwankende und ohnmächtige Politik, als daß sie hätte säug sein können, das Vertrauen der Arbeiterklasse, der Bürgerchaft und der Bauernschaft zu erwerben. Die Koalitionsregierung war das Ministerium der halben Maßnahmen. Der große Umsturz drückte sich bloß in revolutionären Phrasen aus. Ueberall blieben die alten Männer des alten Systems, und die neuen waren noch schlechter als die alten. Eine grundlegende Aenderung trat bloß auf dem Gebiet der Armee ein. Die alte Armee war auseinandergefallen, der Rest, der geblieben war, wurde auseinandergejagt. Das war vom Gesichtspunkt der Revolution aus vorteilhaft, aber die Organisation der neuen Armee geschah auf derart unmögliche Art, daß der neu geklaffene Rachen ein normales Regime unmöglich machte. Statt der Bewaffnung der organisierten Arbeiter wurden neuneunzig bis zweiundzwanzigjährige junge Burischen in die Kasernen einberufen, die allen demagogischen Anissen leicht aufzuziehen und daher völlig unverläßlich waren.

Vor der revolutionären Bewegung und nach der Revolution schwoll das Lager der organisierten Arbeiterschaft in ungeheurer Maße an. Im zweiten Kriegsjahr gab es im ganzen Lande 55.000 organisierte Arbeiter, aber schon nach der Oktoberrevolution wiesen die Gewerkschaften mehr als 700.000 Mitglieder auf. Es versteht sich von selbst, und jeder wußte dies, daß in den Gewerkschaften die indifferenten Arbeiter in der Mehrzahl seien. Es konnte daher von einem einheitlichen, wohlüberlegten Vorgehen und von einheitlichen Beschlüssen keine Rede sein. Die riesige Arbeitslosigkeit und die mit gewissenlosen Mitteln betriebene Agitation der Kommunisten wirkten nur noch die Unheil. Daß die bolschewistischen Kaitalisten mit Geld arbeiteten, wußte an sich noch kein Unglück gewesen. Gefährlicher als die aus-

solche Art verbreitete Korruption waren jene Schlagwörter, mit denen die nichtorganisierten Massen verhetzt wurden. Sie klebten in die Massen die Forderung nach der maßvollen Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung — von 10 auf 25 Kronen täglich —, sie ermunterten die abgerüsteten Soldaten zu der Forderung eines Abrüstungsbeitrages von 5400 Kronen. Sie reizten die Arbeiter zu der Sozialisierung der Häuser und zur Verweigerung der Mietzins. Solche und ähnliche Schlagwörter schlugen nicht nur Breche in die Reihen der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter, sondern machten auch den größeren Teil der Soldaten der neuen Armee zu Hülfs-truppen der Volkheute. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß mehrere von den alten Führern der sozialdemokratischen Partei mit den Kommunisten Hebeln und jede energische Gegenaktion verhinderten. Die Stimmung der Massen legte die Einheitslichkeit der Führung der sozialdemokratischen Partei lahm. All dies trug dazu bei, daß schon vor dem 21. März die Lage unheilbar wurde. Die Eisen- und Metallarbeiter, die Druckarbeiter und das Gros der Arbeiter moderater anderer Gewerkschaften, weiter der größere Teil der bewaffneten Macht hatte sich offen zu den Kommunisten bekant. Wir hatten also zwischen Bräuder-rieg, Vereinigung oder völligen Weisheitstreteln zu wählen. Den Bräuderrieg wollte niemand. Darüber gab es keine Meinungsverschiedenheit. Es gab mehrere, die beiseite traten. Die Mehrheit war für die Vereinigung, unter ihnen auch ich, da ich eben im Interesse der Arbeiterbewegung die weitere Völligung für meine Pflicht hielt. Mehrere von uns gingen dem Zusammenbruch geradezu mit offenen Augen entgegen. Ich habe es nie verheimlicht, auch nicht nach der Vereinigung, daß in einem Staate, den ein vierwöchiger Krieg wirtschaftlich zugrunde gerichtet hat, der industriell auch sonst zu den unentwickeltesten gehört, in dem es noch Errichtung der Proletariatsdiktatur kaum etwas zu sozialisieren gab, der Kommunismus nicht zu verwirklichen ist. Deshalb arbeitete ich mit aller Kraft daran, daß die Vernichtung, die Gramsamkeiten und die Korruption möglichst gering seien, damit die Arbeiterbewegung auch nach dem Zusammenbruch erhalten bleibe.

Seider gelang diese Arbeit nur in äußerst geringem Maße. Es gab nur sehr wenige, die sich dem suchtbaren Terror entgegenstellen wollten, und es gab sehr viele, die nicht für den Kommunismus, sondern für die Freiheit des Viebstahls kämpften. Nicht der letzte Grund des Zusammenbruchs war es, daß nur wenige Überzeugte, zur Erfüllung jeglicher ehrsüchtigen Menschen zur Verfügung standen. Neben der Blodade der Eisenwerke mußte auch gegen die Blodade der Provinz angeknüpft werden. Denn das Verbot der Eisenwerke, die gewalttätige Vorgehen und die Viebstahle der in die Provinz geschickten unweisen Kapitalisten trieben die gesamte Bauernschaft in das Lager der Gegenrevolution. Aber trotz alledem bedeutete der Sturz der ungarischen Regierung nicht die Niederlage des Sozialismus. Der Zusammenbruch der Proletariatsdiktatur ist nur die Folge einer unrichtigen und am unrichtigen Plage angewendeten schlechten Methode. Umsonst triumphiert die ungarische Weiße Garde, vorgehend bewußt sich die Reaktion um die Wiederaufrichtung des Königtums. Aus dem Glend des Krieges kommt man nicht durch Wiederaufrichtung der Massenhorerschaft heraus. Je länger jetzt die Reaktion währt, um so näher und reicher wird sich die ungarische Knechtschaft wieder erheben. Sie darf sich nur nicht einschüchtern lassen und darf nicht für ein Binnengericht ihr Erbe verkaufen. Mögen die blüherlichen Massen ihr Königtum erschaffen. Wenn die organisierten Arbeiter dieser Aktion nicht haken, wenn sie auf dem Standpunkt des reinen Massenkampfes durchdauern und für die demokratische Entwicklung kämpfen, wenn sie die Verantwortung für die Wiederherstellung der Massenhorerschaft nicht mitübernehmen — was bei uns die Gewerkschaft der Gutbesitzer und Kapitalisten bedeutet —, dann wird mit mathematischer Pünktlichkeit der neue Zusammenbruch kommen, der an die Verwirklichung des Sozialismus näher heranführt.

Der Mist-Josef.

Erzherzog Josef, der Nachfolger der ungarischen Monarchie, wurde während des Krieges von den dienstfertigen Rekruten der österreichischen Presse allgemein als der „Soldatenvater“ bezeichnet. Dieses Wort wurde ihm auch sehr wieder geschmeichelt, als er sich in Budapest auf den Regierungssessel schwang, um die Periode der Reaktion einzuleiten, die mit einer neuen Herrschaft des Hauses Habsburg endet soll.

Was dieser Mann während des Krieges in Wirklichkeit für die Soldaten getan hat, geht aus einem Dokument hervor, das die Wiener „Arbeiterzeitung“ am 28. Januar 1919 veröffentlichte. In diesem Dokument berichtet der General Borovic am 29. Dezember 1914 über die Urkade des Rückmarsches des 7. Armeekorps in den Karpathen. Der General weist darauf hin, daß die Truppen wochenlang keine Gelegenheit zum Schlafen hatten, die Vorker waren niedergerannt oder zusammengehackt und boten keine Unterkunft, die Schützengräben waren ohne Stroh, und da die Mannschaften außerdem tagelang keine Nahrungsmittel zu sich nehmen konnten, waren sie derart erschöpft, daß viele von ihnen einschlieften und erfroren. Andere Leute begingen aus Erschöpfung Selbstmord.

Die unglücklichen Strapazen brachten es mit sich, daß die Truppen zurückwichen. Und was tat nun der „Soldatenvater“ Josef, der das 7. Korps befehligte? Er ließ von hinten aus Maschinengewehren auf die weichen Truppen feuern, um sie dadurch zum Stehenhalten zu zwingen. Am 28. Dezember 1914 wiederum eine Stellung preisgegeben werden mußte, schickte der Erzherzog Josef einen Bericht an seine vorgesetzte Dienststelle und erläuterte die Ursachen des Rückmarsches wie folgt:

„Ich bitte Sie, daß auch das Feuer von rückwärts die Truppen nicht anhielt, ihre Stellungen zu verlassen, sobald der Feind schreie einzusetzte, und daß Leute in der Front aus völliger Erschöpfung Selbstmord begingen. Mit dem heute begonnenen Rückmarsch kann eine Verwirklichung, gar keine eingeleitet werden, in der Verwirklichungen eintreffen und die Truppe wieder disziplinierter werden kann.“

Die Mistarbeit, die der Erzherzog im Winter 1914 begann, hat er während des ganzen Krieges fortgesetzt. Die ungarischen Gegenrevolutionäre haben also einen recht guten Griff getan, als sie ausgerechnet diesen Mann für die Ausführung ihrer Verräterarbeit bestimmten.

Die heiligen drei Könige.

Der fromme Michaelis.

Der Ministerpräsident Bauer hat an den früheren Reichskanzler Michaelis ein Schreiben gerichtet, das erkennen läßt, wie dieser fromme Mann es mit seiner Würde durchaus vereinbar hält, einen Brief in der Öffentlichkeit derart umzumodeln, daß jeder Unbefangene gerade das Gegenteil dessen herauslesen muß, was eigentlich darin stand.

Der Ministerpräsident hatte nämlich auf eine Anfrage Michaelis, warum die Schlüsselfrage eines in der Nationalversammlung verlesenen Briefes Hindenburgs nicht mit zur Veröffentlichung gelangt waren, geschrieben, Michaelis möchte, falls er auf die Veröffentlichung des vollen Wortlauts Wert lege, ihn „zwecks Veranlassung des Erforderlichen verständigen“. Daraus machte Herr Michaelis, Bauer habe sich „mit ihm verständigen wollen“.

Während der Wortlaut des Bauerischen Schreibens klar erkennen läßt, daß der Ministerpräsident zur Veröffentlichung bereit war, ergibt die Michaelis'sche Umformung ganz gewisses den Sinn, als ob Bauer der Veröffentlichung Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätte und sich daher zunächst noch einmal mit Michaelis verständigen wollte.

Diese Umänderung entspricht vollkommen dem sonstigen Verhalten des Herrn Michaelis, der noch außer der eben erwähnten deutsche Worte ist, im Innern aber es mit der Wahrheit durchaus nicht so genau nimmt, wenn er nur sich und die Mißliebigen an Deutschlands Glend dabei reinwaschen kann.

Der unschuldige Lubendorff.

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht einen Brief des Mitglieds der Zentrumsfraktion in der preussischen Landesversammlung Reichsanwalt Brockmann an Lubendorff, in dem dieser auf Grund eines von Lubendorff im September 1917 gehaltenen Vortrages zu bemerken sucht, daß Lubendorff durchaus kein Anexionist gewesen wäre. Danach habe Lubendorff damals bei Gelegenheit einer Aussprache mit Reichsanwalt Brockmann auf dessen Erklärung, es wäre doch sehr erwünscht, wenn Deutschland die spanische Küste in die Hand bekomme, folgenden erwidert:

„Ja, aber Herr Reichsanwalt, wenn wir nun ohne die spanische Küste jetzt oder bald den Frieden bekommen könnten, könnte man sich dann vorstellen, den suchtbaren Krieg deswegen noch fortzusetzen?“

Auf das Erbittern von Welby und der Campine hat Lubendorff keinen so einschneidenden Wert gelegt.

Es ist direkt sinnlos von H.-A. Brockmann, aus diesen Erklärungen Lubendorffs zu folgern, er habe keine anexionistischen Ziele verfolgt und wolle keine unglückliche Stunde den Krieg länger fortsetzen. Mag er allerdings die spanische Küste nicht für unbedingt notwendig erachtet haben, so waren es eben Küste, die dessen Werk der Erde und die wunderbare wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland, die Folgen zum vollkommenen Nutzen Deutschlands machen sollte, die sein unumkehrbares Ziel waren um die er den Krieg weiterzuführen wollte. Die triumphalen Bemerkungen der Reichstagsmänner, Lubendorff zum Unschuldbengel zu stampfen, weisen auf die Bauer nur lächerlich.

Den Weg schießt aber wieder die „Deutsche Zeitung“ ab, für die der Waise „ein berechtigtes Zeugnis dafür ablegt, mit welcher Wohlwille und Sorgfalt (H) die systematisch verlaufene Oberste Generalleitung die nationalen Gesamtsituation im Gegensatz zum reinen militärischen Zweckgeheimnis verfolgte.“

Der vernünftige Hindenburg.

Die albenische Presse veröffentlicht ein Schreiben Hindenburgs, das dieser am 10. Oktober 1918 an den Reichskanzler, Ulrich Graf von Bodelschwingh, und in dem er sich von dem Vorwurf reinwaschen versucht, daß die Oberste Heeresleitung durch die Erfüllung des versprochenen U-Bootskrieges die Friedensaktion des Reichspräsidenten Wilhelms Ende Dezember 1918 durchkreuzt habe. Herr Hindenburg muß zwar zugeben, daß in den Bemerkungen, die zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Reichskanzler über den versprochenen U-Bootskrieg stattfanden, die Friedensaktion Wilhelms wiederholt zur Sprache gekommen ist. Er weist selbst darauf hin, daß der deutsche Reichshofier Wernicke am 10. Januar 1917 dem Reichskanzler davon in Kenntnis gesetzt hat, daß die Friedensaktion Wilhelms durchkreuzt und Amerika an die Seite unserer Feinde treten würde, wenn Deutschland den uneingeschränkten U-Bootskrieg durchföhre. Aber weder das Unbedeutende Amt noch der Reichskanzler hätten deshalb irgendwelche Bedenken gehabt und deshalb sei auch die Oberste Heeresleitung für die Durchführung des uneingeschränkten U-Bootskrieges eingetreten. Herr Hindenburg scheint von der politischen Reise des deutschen Volkes eine besondere Meinung zu haben, wenn er glaubt, durch diesen kindlichen Nachfertigungsversuch die Oberste Heeresleitung von der Schuld an dem uneingeschränkten U-Bootskrieg reinzuwaschen zu können. Selbst wenn Bodelschwingh so vertriebt war, daß ihm bei der Erfüllung des U-Bootskrieges politische Bedenken nicht aufstiegen, so hätte zum mindesten die Oberste Heeresleitung diese Bedenken äußern müssen. Denn sie war und mußte sich über die Folgen des U-Bootskrieges vollkommen im Klaren sein.

Für die Wiederaufnahme des Liebknecht-Eugenburg-Prozesses!

Die rechtssozialistische „Freie Zeitung“ erklärt ihr volles Einverständnis mit unseren Ausführungen, nach denen die Ansicht des Reichspräsidenten Ober, daß nicht er, sondern das preussische Staatsministerium für die Verhängung des Urteils im Liebknecht-Prozess zuständig sei, juristisch völlig adwändig ist. In erdenschwerer Weise gibt das Blatt sodann seiner Entrüstung über die ganze Behandlung dieses Falles Ausdruck. Es erklärt es für unfaßbar, daß die Regierung in der Behandlung in dieser Frage sich „einer solchen Vorehrheit und geradezu kräftlichen Leichtfertigkeit“ schuldig mache. „Soll denn“, so fragt die „Freie Zeitung“, „auf dem neuen Deutschland der Schwandfleck hängen bleiben, eine dreizehnte Untat ungeführt gelassen zu haben, und an Karl Liebknecht, jenseit seines Todes, auch noch einen Justizmord zu begehen.“

Die Zeitung verlangt die unverzügliche Wiederaufnahme des Prozesses, „wenn anders nicht der letzte Glaube an die Objektivität der deutschen Gerichtsherrn und an den guten Willen der Regierung, diesen feigen Mord zu sühnen, schwinden soll“. Die Regierung habe die Pflicht, dem Verlangen der Arbeiterschaft unbedingt Folge zu leisten.

„Lust sie es nicht, so wird sie eben die volle Verantwortung für die Folgen dieser Unbilligkeit tragen müssen, und kein noch so länder Wortschwall wird sie von der Schuld reinwaschen, daß sie es war, die die Erbitterung der Arbeiterschaft durch berotlichte Provokationen auf das äußerste gesteigert und dadurch die Ausbrüche dieser Erbitterung hervorgerufen hat.“

Während die „Freie Zeitung“ mit solcher erstickenden Offenheit die schwere Schuld der Regierung in dieser Angelegenheit bloßlegt und die Dinge beim rechten Namen nennt, hält es der „Vorwärts“ bezeichnenderweise nicht für notwendig, auf diese beschämenden Tatsachen auch nur mit einem Worte einzugehen. Hier ist der „Kalk“ Liebknecht-Eugenburg durch die Mosbacher Justizkomodie „erlöbt“, und ebenso wie gegen alle berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft verächtlich sich das Organ der rechtssozialistischen Regierung auch dem Säure nach der Wiederaufnahme des Liebknecht-Eugenburg-Prozesses, der aus den Massen ertönt.

Neue Heße.

Am der Mittwoch-Abendausgabe des „Berliner Tageblatts“ kann man deutlich erkennen, mit wie wenig Vorstand dieses angeblich liberale Blatt geleitet wird. Unter der Ueberschrift „Die kommunistischen Umtriebe in Hof“ bringt es eine telegraphische Meldung aus Augsburg, die folgendermaßen beginnt:

„In Hof und Umgebung beherrschen die U.S.P. vollständig die Lage. Der Hauptführer der U.S.P. der Baudingh-Hof-Gruppe Blumtritt, spielt dabei den Hauptbeher. Durch dieses Handeln ist infolge der eigenhändigen Verhältnisse im Nachhinein von Oberfranken eine Händige Gefahr für die bayerische Regierung sowie für Bayern und das Reich entstanden. Die Verhältnisse in der Stadt Hof ist besonders ungünstig und besonders geeignet, revolutionären Feinden einen günstigen Boden zu bereiten. Die dortige Anarchie liegt seit vollständig demoralisiert und die Zahl der Arbeitlosen ist außerordentlich hoch. Das Hauptverbrechen derselben bilden ehemalige Arbeiter.“

Es heißt dann weiter, daß eine Messung der Lage nur durch vorwärtige Lebenszufuhr, durch Herbeischaffung von Kohlen und vor allem durch eine ständige Garaison erzielt werden könne. In Hof würden alle Sebel in Bewegung gesetzt, um im Verein mit den schützlichen U.S.P. und den Kommunisten in Wäldern die Regierung zu stürzen und die Republik auszurufen. Es sei wirklich bedauerlich, daß die Regierung energisch einschreite.

Wenn man nicht wüßte, welchen unfauleren Sprechungen von dieser Art dienen, so würde man über solchen Blöhsinn nur lachen. Der einigen Tagen ist dieselbe Meldung bereits von einer anderen Stelle aus verbreitet worden, selbst die beröhmte „W.D.R.“ mußten demnach mitteilen, daß sie erlogen und erfunden sei. Das „Berliner Tageblatt“ aber nimmt den Schwanz auf und setzt ihn seinen Lesern als neueste Meldung vor.

Auf derselben geistigen Höhe bewegt sich ein Artikel in der Mittwoch-Abendausgabe der „Deutschen Ill.“, der sich mit dem Streifenstricken aus Schließen befaßt. Der Artikel beginnt folgendermaßen:

Die Agitatoren, die ihren Lebensunterhalt in recht bequemer Weise durch Streifenstricken verdienen, haben den Hauptbestandteil ihrer Tätigkeit wieder einmal nach Estland verlegt, unter Absonderung eines Kommandos von Estland-Wehrmännern. Die Kommandeure werden in der Regel von Hof, um damit den politischen Plan ihrer Tätigkeit zu fördern, im Winter unter einem künftigen Vor- und sterbenden Wolf leichter Anhänger für ihre politischen Begehungen zu finden. Nur in einem werden die politischen Parteien: während es ihnen so gelingen, sich auf die politische Seite zu stellen, dann würde es ein kurzes Waffengebiet werden, denn ohne Kosten und Verlust kann keine Regierung existieren. So ist ein Kreuzschuß zu glauben, man brauche dann nur zu verordnen, dann flücht alles wieder in die Reihe, und man flücht in der Glorie des Erzählers da.

Wohnt es, dazu auch nur ein Wort zu sagen? Ein Schande ist es für die bürgerliche Presse, daß sie sich solcher niedrigen journalistischen Methoden bedient, um gegen die Bewegung der Arbeiter zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage zu behen. Eine noch größere Schande aber ist es für das deutsche Bürgertum, daß es mit einer solchen geistigen Kraft zufrieden ist.

Wie die Regierung funktioniert.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend Ueberführung des Eisenbahnbauwes und der Eisenindustrie von Preußen nach Preußen in Reichsbefehl zugegangen.

Offiziell wird dazu mitgeteilt:

Durch diesen Gesetzesentwurf wird gemäß den Bestimmungen des Sozialversicherungs-Gesetzes der größte, noch bestehende der selbständige deutsche Eisenbergbau des Interesses der gemeinhin denkbar gemacht. Nach diesem Gesetzesentwurf wird die Reichsregierung ermächtigt, das Eigentum der Eisenbahnen und Eisenindustrie in der Weise zu übernehmen, wie es im Reichsbefehl vorgesehen ist. Das Reich hat die Eisenbahnen nach dem der Aktien zu übernehmen. Der Wert der Eisenbahnen der niedrigen und dem höchsten natürlichen Werte zu maßgebend. Aktien in der Zeit vom 7. Mai 1918 bis zum 31. Juni 1918 an der Börse in Hannover notiert wurden, zu übernehmen. Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, die im Reichsbefehl vorgesehenen Abzugsgesetze vorerwähnten Eisenbergbau zu übernehmen. Nach der finanziellen Rentabilität des Bergbaus nach Uebernahme durch das Reich betriebe zu beschaffen, zu den Bestimmungen des Gesetzesentwurfes der höchste Preis zu dem die Uebernahme erworben werden kann, auf eine 6% Million Mark ab 450 vom Dunder des Reichsbefehles der Aktien.

Dazu brauchen wir doch wirklich keine Revolution, und ebenfowenig eine „sozialistische“ Regierung, um eine solche Art von Sozialisierung durchzuführen! Ein besseres Geschick hätten die Aktionäre der Uebernahme auch unter dem alten Regime nicht machen können. Sie bekommen den vereinbarten Betrag des Aktienwertes und auch

dem wird ihnen auch für die noch nicht abgebauten Felder eine „ungemeinere“ Entschädigung gezahlt. Wenn die Sozialisierung in derselben Weise fortgesetzt werden sollte, könnten sich die Kapitalisten wirklich nicht davon zu halten.

Sind denn bei diesem Handel auch die Arbeiter gehört worden? In einem andern Falle, bei der Vorbereitung für die Sozialisierung der Elektrizitätswerke, hat man sie nicht hinzugezogen. Der Vorstand des Zentralverbandes der Maschinen- und Feiler hat deshalb folgendes Schreiben an den Sozialisationsrat der Nationalversammlung geschickt:

Als zündende Versäuerungsaktion der in den Elektrizitätswerken beschäftigten Arbeiter erheben wir Protest dagegen, daß ein Verleumdungs- und so grübelnder Witzstück wie die Sozialisierung der Elektrizitätswerke der Nationalversammlung vorgelegt wurde, ohne die berufene Vertretung der Arbeiter gehört und ihre Vorschläge entgegengenommen zu haben.

Wir sind insbesondere mit Elektrizitätswerken durch Tarifverträge verbunden, die sich in letzter Zeit durch Vegetarische noch immer gehalten haben.

Es liegt uns daran, bei der Umgestaltung der Elektrizitätswerke die Arbeiterinteressen in jeder Form gewahrt zu wissen. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn die beruflichen Vertreter mit zu den Vorbereitungen herangezogen werden. Aus vorstehendem kurz angeführten Schreiben bitten wir, uns zu den Vorbereitungen des Ober Ausschusses einzulassen.

Dieses Schreiben wird wohl nur geringen Erfolg haben. Die Nationalversammlung in ihrer übergroßen Mehrheit vertritt kapitalistische Interessen, und deshalb kann ihr nicht daran liegen, die Vertreter der Arbeiterkraft bei dieser Materie mitbestimmen zu lassen. Noch deutlicher zeigt es sich ja bei dem Geschäft mit den Nieder Aktionären, wie wenig die Arbeiter von der Regierung und der Nationalversammlung bei der Durchführung der sozialistischen Forderungen zu erwarten haben.

Die Kommunisten und der Wiederaufbau.

Anlässlich der Versammlungen über den Wiederaufbau, die in der vergangenen Woche stattgefunden haben, hat die bürgerliche Presse gelauscht, sich freuen zu können, daß die Arbeiterkraft in ihrer Gesamtheit gegen die Wiederaufbauarbeiten eintrete. Soweit die Einkommensfrage der Anhängigen Sozialdemokratie dazu in Frage kommt, ist dieses Wünschen wohl endgültig abgelehnt. Auch die kommunistische Partei ist, wie aus einem Artikel in der „Gannauer Freiheit“ hervorgeht, für die Befreiung der deutschen Arbeiter an dem Wiederaufbau, wenn gewisse soziale Forderungen erfüllt werden. Dieser Artikel ist ganz ein Musterbeispiel für die Art von kommunistischer Konfusion, bei der die schwindelnde Phrase die ausdauernde Erkenntnis der praktischen Notwendigkeiten der Arbeiterbewegung zu überwinden sucht und es ist deshalb kein Wunder, daß einige bürgerliche Blätter aus dem Artikel herauslesen, daß er sich gegen die Teilnahme der Arbeiter in dem Wiederaufbau ausspricht. Das ist aber falsch, denn die entscheidende Stelle des Artikels sagt ausdrücklich, daß die Arbeiter nur die Wahl haben, ob sie sich unter schwarzgoldener Flagge oder unter der Trikolore der französischen Bourgeoisie-Republik ausbeuten lassen, sei es gleichgültig, ob sie diesbezüglich oder jenseits der Grenzen ausbeutet werden. Der Artikel verlangt dann als Voraussetzung, daß eine Verständigung mit der französischen und belgischen Arbeiterkraft über die Frage stattgefunden haben muß, daß die deutschen Arbeiter die Freiheit haben müssen, mit den belgischen und französischen Arbeitern in Verbindung zu treten, und daß deutsche Arbeiter in Frankreich politisch nicht anderen Nachteil sein dürfen, als französische und belgische Arbeiter.

Zu der letzten Forderung möchten wir nur bemerken, daß mit ihrer Erfüllung der Arbeiterkraft wahrscheinlich ein sehr schlechtes Dignität geleistet wurde, da die deutschen Arbeiter vor allen Dingen verlangen, daß die ihnen durch die deutsche Regierung garantierte Rechte durch ihre Tätigkeit in Nachbarländern oder Belgien nicht verlassen gehen dürfen, da sie ja nur wünschenswert außerhalb des Reiches tätig sein wollen.

Die Steuerfragen vor der Nationalversammlung.

In Weimar wurde gestern die Debatte über die Steuerfragen fortgesetzt. Abgeordneter Braun (Soz.) sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Umfassende (von) Sozialdemokraten keine Steuern erhebt seien. Die Nationalsozialisten scheinen demnach ihrer Meinung wenig zugunsten, zum mindesten bezogen auf die Debatte, daß die hergeleiteten Parteien, wenn erst die indirekten Steuern unter Dach und Fach sind, aus den direkten Steuern einen Wohlstand machen, der der bürgerlichen Klasse nicht schaden kann.

Der Standpunkt der U. S. D. zu den Steuerfragen vertrat Herr Braun in einer ausführlichen Rede. Er wies darauf hin, daß die Unabhängigen unter keinen Umständen für die Umfassende Steuern stimmen werden. Sie würden aberhin die indirekten Steuern bewilligen, wenn sie nicht wählen, ob und welche Steuern noch geplant seien.

Wir werden die Rede des Genossen Braun ausführlich bringen, da sie mit Gewissenhaftigkeit und Geduldlichkeit das ganze Steuerproblem aufrollt und den Standpunkt der Unabhängigen über die Steuerfragen klar herausstellt. Der folgende Bericht fertigt gerade diese Rede nur mit ein paar Worten ab, obwohl Genosse Braun von allen Rednern die besten und geschicktesten Vorschläge zur Forderung unserer Bewegung machte, während sich die anderen Redner lediglich in den angeführten Reden bewegten, die wie schon von allen Rednern hat bis zum Ende hin kommen gelernt haben.

Eine Denkschrift über die Reichsfinanzen.

Der Nationalversammlung ist eine Denkschrift des Reichsfinanzministers Ergberger über den finanziellen Bedarf des Reiches und seiner Bedeutung zugegangen. Die hierin enthaltenen Schätzungen sollen keinen Anspruch auf unbedingte Geltung haben, sondern nur einen Überblick gewähren.

Nach dem Vorschlag wird der Gesamtbetrag des Reichs-Reichs auf 24 Milliarden geschätzt, wovon 17,5 Milliarden auf das Reich und 6,5 Milliarden auf Einzelstaaten und Gemeinden entfallen. Der Hauptbetrag wird vom Reich für die Reichsschulden mit 10 Milliarden und von der Reichsregierung für die Reichsleistungen und ihre Dienstleistungen mit 4,5 Milliarden angenommen. Angesichts der auf Grund der vorstehenden Schätzungen eintretenden Verminderung des Budgets auf 100.000.000 Mark und der Reichsmasse auf 15.000 sind die 14 Milliarden vollkommen ungenügend und geeignet, allen den Gedanken über die wasser Verwendung hervorzurufen.

Aus der Bewertung der Reichsfinanzen und der Reichsleistungen, für die das Reich die finanzielle Garantie über-

nommen hat, wird sich ein vorläufig noch nicht abschätzbarer Gewinn, möglicherweise auch ein Verlust, erwachsen.

Bisher haben dem Reich aus laufenden Steuern 7,6 Milliarden zur Verfügung. Der Reichtum für das Reich allein beträgt darnach 9,4 Milliarden Mark. Dieses Defizit wird sich auf Grund des Budgets der Veranschlagung, die auf 2,5 bis 3 Milliarden Mark veranschlagt wird, und durch den Antrag der erweiterten Umfassenden, die eine Menge von 8 Milliarden erlangen soll, entsprechend ändern.

Theorie und Praxis.

Das „8 Uhr-Abendblatt“ veröffentlicht ein Gespräch mit Kozle, in dem dieser erklärt habe, daß er den im Friedensvertrag geforderten Abbau der deutschen Armee durchaus nicht umgehen werde, sondern mit völlig offenen Karten spiele und den Friedensvertrag in jeder Hinsicht, soweit wie irgend möglich, erfüllen wolle.

In seltsamen Kontrast hierzu steht ein Bericht der „Frankfurter Zeitung“, nach dem die Württembergische Reserve- und Sicherheitsbrigaden unter Verbeibaltung ihrer militärischen Organisation in Einwohnereinheiten umgewandelt und dem Ministerium des Innern unterstellt werden.

So sehen die „offenen Karten“ des Reichswehrministers in der Praxis aus.

Koste als Internationales Vorbild der Reaktion.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die holländische reaktionäre Presse beruft sich für ihr Vorgehen gegen die holländische Sozialdemokratie auf das Vorgehen von Herrn Koste. Sein Rufus zur Bildung militärischer Freiwilligenorganisationen gegen die „bolschewistische Bewegung“ und die „terroristische Rinderei“ steht das „Kostische-Internationale“ Tagblatt „De Rosterdammer“ der Union der holländischen Regierung zur Bildung antisozialistischer Bürgerwehren gleich.

Jetzt sind wir also glücklich dahin gelangt, daß ein Mann, der sich ein Führer deutscher Sozialdemokraten nennt, zum Vorbild der internationalen antisozialistischen Reaktion geworden ist.

Die Forderungen der ober-schlesischen Arbeiter.

Deutsches, 13. August. Die Arbeiterschaft der ober-schlesischen Gruben und Häfen sowie der Zentrale der Oberschlesischen Elektrizitätswerke und die Kleinbahnangestellten haben in einer Aufforderung folgende Forderungen aufgestellt:

Rechnung und sofortige Einstellung der entlassenen Arbeiter. Sofortige Inbetriebnahme der stillgelegten Betriebe. Grenzschutze, die aus eigenem Anreiz zum Grenzschutz gegangen sind, dürfen unter keinen Umständen wieder eingestellt werden. Aufhebung des Belagerungszustandes. Sofortige Öffnung der Grenzen, um der Lebensmittelnot zu wehren, Entlassung der politischen Gefangenen, Aufnahme des Delegiertenvorstandes der Oberteile in die Gemeinschaft der Organisationen mit entscheidender Stimme, Bewilligung einer allgemeinen Zulage.

Bei der heutigen Nachmittags-Sitzung fehlten im ober-schlesischen Kohlenrevier etwa 70 Prozent der Belegschaft.

Die Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebietes.

Am Mittwoch fand im Städtischen Saalbau in Essen die erste öffentliche Sitzung des Ausschusses der Prämierung der Frage der Arbeitszeit im Bergbau im Ruhrgebiet statt. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums schilderte die Gefahren, die die Kohlennot sowohl für die Gesamtheit als auch für die Einzelnen mit sich bringe. Vorschläge, Maßnahmen seien zu treffen, um die Kohlenherzeugung zu steigern. Dann gab er einen Überblick über die weitgehenden Befugnisse der Mitglieder der Kommission, die das Recht haben, Berechnungen, Vorschläge und Nebenleistungen vorzunehmen. Am Nachmittag begannen die ersten Befestigungen der Gruben.

Einberufung der internationalen Arbeiterkonferenz.

Amsterdam, 13. August. Das Reuters-Bureau meldet aus Washington, daß Wilson die vom Friedensvertrage vorgegebene internationale Arbeiterkonferenz zum Oktober nach Washington einberufen hat.

Die Niederlage Kollchals.

Sankt, 13. August. Holländisch Reuters-Bureau meldet aus Washington: Die Streitkräfte von Kollchal sind, wie aus amerikanischen militärischen Nachrichten hervorgeht, auf einer ausgedehnten Front vor den zahlenmäßig überlegenen Streitkräften der Bolschewisten weiter zurückgegangen, nachdem sie vorher schon ihre Front 200 Meilen rückwärts verlegt hatten. Es sieht stark danach aus, als ob Omsk in die Hände der Bolschewisten fällt und daß diese die Sowjetmacht über Sibirien zurückerobern werden.

Ein englisches Weibchen über Deutschland.

H. N. Haag, 13. August. Aus London wird gemeldet: Die britische Regierung veröffentlicht in einem Weibchen das Gutachten einer britischen Kommission, die die Lage in Deutschland geprüft hat. Die Kommission schlussfolgert, daß es zwei Generationen dauern wird, bis das deutsche Volk seine frühere Tat- und Arbeitskraft wieder erlangt haben wird. Jedenfalls kann es auf längere Zeit keine Bedrohung für die Ruhe Europas bilden. Es braucht sofort Nahrung für seine Arbeiter, Futter und Dünger für den Ackerbau, Rohmaterialien für die Industrie, aber wenn auch die Entente dieses zur Verfügung stellen kann, wird es noch Jahre dauern, ehe die frühere Wohlstand zurückgekehrt sein wird.

Die Verhandlungen mit Oesterreich.

Verfales, 13. August. Der Oberste Rat der Allierten beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung mit der Feststellung der Antwort auf die österreichischen Gegenvorschläge. Er hat beschlossen, aus dem Friedensvertrag die Bezeichnung „Deutsch-Oesterreich“ zu entfernen und von nun an nur noch von „Oesterreichischer Republik“ zu sprechen.

Anerkennung Völkerrechts durch die Entente.

H. N. Haag, 13. August. Aus Paris wird gemeldet: Der oberste alliierte Rat hat beschlossen, Oesterreich als österreichische Republik anzuerkennen.

Häutung einer französischen Hosenhose.

Sankt, 13. August. Holländisch Reuters-Bureau meldet aus Toulon: Die Militärpräferenz teilt mit, daß die maritime Basis auf Korsika geräumt wurde.

Grenzschutzsoldaten als Mörder.

Schneidemühl, 13. August. Das Kriegsgericht hat heute die beiden Beschuldigten des Grenzschutzes Paul Dietrich und Edwin Dottle wegen gemordeten Kaufmanns, verurteilt am 9. Juli an dem Kaiser Epiphania aus Kollchal bei Wiesz, zum Tode verurteilt. Beide Angeklagte waren in vollem Umfange schuldig.

Trotz der schweren Schuld der beiden Soldaten verlangen wir als grundsätzliche Gegner der Todesstrafe, daß dieses Urteil nicht vollstreckt wird.

Die Berliner Bankbeamten zum Hamburger Streit.

Den Beginn der gestrigen Bankbeamtenversammlung im Reichsbankensaal bildete eine scharfe Forderung des Berliner Tagesblattes durch den Vorsitzenden Scholz. Er sprach die Absicht aller Blätter, wie der Redner sich ausdrückte, heute nämlich den Genossen Marx als Kommunisten bezeichnen. Weiterhin wurde unter allgemeiner Beifall der folgende Bericht des „8-Uhr-Abendblattes“ über die erste noch tagungsfindende Versammlung verlesen. Der Vorsitzende empfahl unter allgemeinem Beifall, solche Mütter nicht mehr in die Hand zu nehmen. Genosse Marx gab dann einen ausführlichen Bericht über den Hamburger Bankbeamtenstreit, den allein die Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Bankdirektoren hervorgerufen hat. Wegen des Hauptpunktes der Hamburger Beamtenstreit ist bis jetzt noch kein sachlicher Einwand erhoben worden. Obwohl nur 50 Prozent der Forderungen bewilligt worden war, haben sich die Hamburger Beamten im Interesse des Arbeitsfriedens dem Schiedsverfahren unterworfen. Besonders erfreulich war, daß Reserveoffiziere in voller Uniform in großer Zahl Streikposten gefunden haben, die die Kassekassen doch nicht anzusehen wagten. Der Redner verlor dann einige Nachfragen aus dem Saal, wo sich überall die Beamten zum Kampf riefen.

Die Bankleitungen haben sich nun bereit erklärt, Wieszka-Beihilfen von 700, 600, 500 Mark in zwei Raten auszugeben. Sie verlangen ferner, daß die Beamtenlast bis 1. Januar 1919 mit kleineren Forderungen mehr heranzieht. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, nach der sie sich mit diesem Angebot nicht zufriedengeben können und zum mindesten die Höhe des Hamburger Schiedsspruchs: 1000 Mark für Verheiratete mit Kindern, 600 Mark für Verheiratete ohne Kinder, 400 Mark für Ledige und 300 Mark für Angestellte unter 30 Jahren, fordern müssen. Dem unvollständigen Verbalen der Kollegen der Diskont-Gesellschaft durch ihre vorläufige Zustimmung sprach die Versammlung der schärfsten Protesten aus.

Der Schiedsspruch von den Kassenangelegten angenommen.

In einer außerordentlich stark besetzten Versammlung erhaltete Herr Wood nachmittags in den Sophienhallen in Bremer die Berichte über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss. Der einstimmig gefällte Schiedsspruch lautete auf Bewilligung einer laufenden monatlichen Pension von 125 Mark für alle Gehälter bis 4500 Mark, von 100 Mark für die Gehälter über 4500 Mark, doch müssen letztere mindestens die Höhe von 6000 Mark erreichen. Die Zulagen sollen rückwirkend ab 1. Januar 1919 ausbezahlt werden und vorläufig bis 31. Dezember 1919 gelten. Kriegslöhne werden als Vorkriegsjahre angerechnet. Innerhalb 7 Tagen müssen sich beide Parteien über Annahme oder Ablehnung erklären.

Die Vertrauensmännerführung der Kassenangelegten hatte sich für Annahme erklärt, sich aber bei Ablehnung durch die Arbeitgeber für Anwendung der schiedlichen gerichtlichen Mittel ausgesprochen. In der Diskussion äußerte sich Kubig den Mangel an Solidarität bei einem Teil der Kassenangelegten, die in der letzten Versammlung sich noch nicht einmal bis zum Schlichtungsausschuss zu gehen getrauten. Er betonte, daß der Vorstand des Kassenangelegtenverbandes dem Kommissar an, der noch verhandeln habe, daß er selbst einmal Angelegter war. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, welche den Schiedsspruch annimmt und die Auszahlung der Zulagen bis spätestens 1. September erwartet, anderenfalls die Brandentzündung beabsichtigt ist entsprechende Mittel anzuwenden. Zum Schluß leitete der Redner noch zur finanziellen Unterstützung der Arbeiterschaft auf, da das gesetzlich gewährte Mindestlohnrecht völlig ungenügend ist, was auf diesen Widerstand der arbeitenden Sozialisten liegt. Die Versammlung gab die in sehr feierlicher Stimmung.



Heute Neu!

Die freie Welt

Hest 13

- Aus dem Inhalt:
- Polizistenstreik in England
- Turnfest des A. belter-Turnerbundes
- Charlottenburger Waldschule
- Ausstellung sozialistischer Künstler
- Die schwarze Kutsche, Novelle
- Der erste Nord, Märchen, Dichtung
- Ein indisches Märchen und anderes

Einzelnummer 20 Pf. 4 Vierteljahrs 2,50 M.
In allen Buchhandlungen, Zeitungsverlagen, Kiosken, Buchhandlungen, sowie im Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13.

Theater und Vergnügungen.

Volkshöhne. Theater am Hällesplatz, 7 1/2 Uhr „Der Kuboigen.“ Oper von W. Kienzl.

Kammerspiele 8 Uhr Zum 50. Male Leopoldine Konstantin in „Das Weib und der Hammermann.“

Richard 8. Meinhart — H. Bernauer. Theater 1. d. Königsgrüner Straße

Donnerstag und Freitag 8 Uhr: Der Hauptling. Sonntag, Sonntag u. Montag 8 Uhr: Mäntel. mit Maria Orska.

Komödienhaus an der Marschallbrücke. 8 Uhr: Liebtott von der Platz

Berliner Theater 8 1/2 Uhr: Die Dame im Frack

Lessing-Theater Sommertheater Leitung: Hans Sternberg. Schauspiel: Guido Thielscher. 8 Uhr: Charleys Tante.

Residenz-Theater. Untergrund, Klosterstraße. Auszug: Stralener Straße. 8 Uhr: Zum 200. Male: Das höhere Leben. Schauspiel von Seifermann. Regie: Alfred Rötter.

Triumph-Theater. Bei Friedrichstr. 12. 8 1/2 Uhr: Zum 33. Male: Der gute Ruf von Hermann Sudermann.

Wallhalla-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: O schöne Zeit, o seltsame Zeit! Gartenhäuser Theater. Spätes Theaterstück.

Rose-Theater 7 1/2 Uhr: Die Frau, die blüht. Gartenhäuser. 8 Uhr: Konzert, Spezialitäten. 7 1/2 Uhr: Das steht sich jeder an.

National-Theater 8 Uhr: Die Frau, die blüht. 8 Uhr: Familie Mannemann

Balschmieders Varieté-Garten Ledestraße 15. Täglich 12 Varieté-Nummern

Grosses Theater-Orchester Erfüllung der Gärten: Wochentags 8 1/2 Uhr Sonntag 8 Uhr Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr Sonntag 5 Uhr Beginn des Varietés: Wochentags 7 Uhr Sonntag 6 Uhr

Über Vermietung der Gärten an Vereine wenden sich an die Direktion.

FORTUNA-LICHTSPIELE Jägerstrasse 12 c. Nur bis Donnerstag 1919

Stärker als die Liebe, ist der Tod oder: Sein Fatum. Täglich 5 und 8 Uhr.

Staatsbetriebe Spandau Sonnabend, den 16. August

Grosses Konzert u. Tanzvergnügen im Mosbiter Gesellschaftshaus, Wiesenstraße 24

Größter Saal. Einlasskarten sind an der Kasse zu haben.

Vergnügungspalast GROSS-BERLIN Harenstraße 13-15. Ab 16. August TÄGLICH

RINGER-WETTSTREIT um den Gladiatoren-Preis 10000 Mark. Vorher das erstklassige Spezialitäten-Programm.

Anschließend: Wer seinen Kindern gibt das Brot — ? Vollständig mit Gesang und Ballett in 2 Akten.

Beginn des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr, der Ringkämpfe 9 Uhr, Sonntags 1/2 Stunde früher.

Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag in den Prachtspielen: **GROSSER BALL.**

Spezial-Arzt für Haut-, Hals- und Frauenleiden, Salvarian-Kuren, Urticaria, Diätetische Rationen, Damen- und Herren-Abtönung.

Erste und Beste Haut-Anstalt Löser Sozial-Arzt Dr. Skottl Dr. Löser senior. am Rosenthaler Str. 69-70, 13. 4. 2. Stock, 10-11

Castro-Theater 8 1/2 Uhr Eröffnung, Sonnabend, 18. August

Großstadt-Pflanzen Volkstheater in 3 Akten. Vorher: „Schwarzwaldbühne“, Opernabend mit Victor Litank von der Komischen Oper. Dazu erstklassige Spezialitäten.

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9

Woplin's Bummelfahrt Erstklassiges Varieté. In der Tann-diele täglich **Ball.** Anfang 4 Uhr.

Wintergarten täglich 7 1/2 Uhr

Variétévorstellung Raucher gestattet.

Stenst du das Land, wo die Gärten stehen? Hast du den Reinen Spreewald schon gesehen? Der schönste Ausflugsort im Reich

Mann's Waldschloß in Schönliche. Tel.: Friedrichshagen 65. Jeden Sonntag Konz.

Schau-Burg Andrastraße 64. Heute: Freier Ringkampf

Wasser gegen Albanos. Ferner: Douglas, S. Kante, Zumbusch, Heider, Gantel, Parafant, Zwei Filmrollen und Max Marcelli.

Deutscher Konzertklub und Bandolon-Band Bezirk Berlin. Sonnabend, den 16. Aug. 1919

Großes Bezirks-Konzert im großen Garten des Stahl-segments

Zum Schulfest früh, Union-Bräuerel, 8. Hasenheide. Musikalische Leitung: Herr W. König

Kasseneröffnung 5.30 Uhr Anfang 6.30 Uhr Eintritt 0.80 Mark

Der Bezirks-Vorstand.

Wolsanseeer Sommer-Theater Französer Promenade 6-9. Täglich 12 Varieté-Nummern

Grosses Theater-Orchester Erfüllung der Gärten: Wochentags 8 1/2 Uhr Sonntag 8 Uhr Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr Sonntag 5 Uhr Beginn des Varietés: Wochentags 7 Uhr Sonntag 6 Uhr

Über Vermietung der Gärten an Vereine wenden sich an die Direktion.

FORTUNA-LICHTSPIELE Jägerstrasse 12 c. Nur bis Donnerstag 1919

Stärker als die Liebe, ist der Tod oder: Sein Fatum. Täglich 5 und 8 Uhr.

Staatsbetriebe Spandau Sonnabend, den 16. August

Grosses Konzert u. Tanzvergnügen im Mosbiter Gesellschaftshaus, Wiesenstraße 24

Größter Saal. Einlasskarten sind an der Kasse zu haben.

Vergnügungspalast GROSS-BERLIN Harenstraße 13-15. Ab 16. August TÄGLICH

RINGER-WETTSTREIT um den Gladiatoren-Preis 10000 Mark. Vorher das erstklassige Spezialitäten-Programm.

Anschließend: Wer seinen Kindern gibt das Brot — ? Vollständig mit Gesang und Ballett in 2 Akten.

Beginn des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr, der Ringkämpfe 9 Uhr, Sonntags 1/2 Stunde früher.

Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag in den Prachtspielen: **GROSSER BALL.**

Spezial-Arzt für Haut-, Hals- und Frauenleiden, Salvarian-Kuren, Urticaria, Diätetische Rationen, Damen- und Herren-Abtönung.

Erste und Beste Haut-Anstalt Löser Sozial-Arzt Dr. Skottl Dr. Löser senior. am Rosenthaler Str. 69-70, 13. 4. 2. Stock, 10-11

Berliner Theater Kapellendirektion Walter Bromme

Täglich 7 1/2 Uhr:

Die Sensation von Berlin!

Die Dame im Frack

Musik von Walter Bromme

In den Hauptrollen: Käthe Dorsch - Richard Seinius

Es empfiehlt sich, Billets rechtzeitig zu besorgen: Westheim, Invalidendank u. an der Theaterkasse von 10-12 und ab 6 Uhr.

Feuriger Santa Lucia Feuriger Süßwein täglich in Apotheken, Drogerien, Kolonialgeschäften. **Grosso-Vertrieb Herzstr. 34, Norden 6222.**

Nicht in 6-8 Wochen sondern in 3-5 Tagen werden alle Militär- und Ziviluniformen, Stoffe, Leinen, Laken, Seide etc. in jeder Farbe leicht und farbecht gefärbt. **Transparenz binnen 24 Stunden.** Schnellfärberei, chem. Reinigung, Kunststofferei (Tel.: Amt Nord-West. Hansa 1075) (Gatz & Sieg) Fabrik, Conter u. Hauptgeschäft Goltzkowskystr. 13

Annahmestellen werden noch vergeben.

Vergessen Sie nicht Ihre alten Billets schon zum Umpressen zu bringen, da später der Andrang sehr groß ist. **Spezial: Umpressen von Velourhüten!** **Eckstein's Hutfabrik, Invalidenstr. 35, Ecke Chausseestraße.**

1. Filiale: Charlottenburg, Schillerstr. 41, dicht am Hof.
2. Friedrichstr. 235, neben dem Lustighaus.
3. Schenckstr. 10, gegenüber Str. 4, an d. Alkanenstr.
4. Havelstr. 13, Ecke Niederbarnimstr.
Korrespondenz-Kapitalien Invalidenstr. 35 u. 1. d. Filial.

„Freiheit“-Leser von Gross-Lichterfelde (West) Unsere Spedition befindet sich vom 16. d. Mts. ab beim Genossen **O. Schädel, Hindenburgdamm 84**

Wir bitten unsere Abonnenten, sofort dorthin ihre Adresse anzugeben, damit keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung eintritt.

Schlafzimmer Schrank, dreiteilig mit Spiegel, komplett mit dreiteilig. Aufgehängten und allem Zubehör von **M. 1725,- an**

Stolzmann, Belle-Alliancestr. 100

Möbel neu und vorliehen **gewonnen** Kleiderschränke, Vertikox 65.00, 85.00, 125.00, neue zusammen 200.00, Bettstellen m. Matratzen 65.00, 85.00, Muschel-, engl. Bettstellen, Sofa, Chaiselongue, Spiegel, Kommode, Gr. Auswahl in eleganten neuen Möbeln. **Kompl. Kasse 175 Mk.** Versand nach außerhalb. **Seelig, Elsasser Str. 17 18.**

FREIHEIT Berlin NW 6 · Schiffbauerdamm 19

Genossen! Vergiß niemals die „Freiheit“ als diejenige Zeitung zu nennen, die Euch zum Ankauf oder Verkauf veranlaßt hat. Der Anzeigenteil der „Freiheit“ muß überall beachtet und empfohlen werden. *****

Die Kleinen Anzeigen der „Freiheit“ sind am wirksamsten im Abendblatt. Wiederholungen bringen einen nachhaltigen Erfolg.

Osten. 7. Bezirk.

Betriebsoblen!

Sigung Donnerstag 5 Uhr im Lokal Boyhagener Str. 29.

!! Arbeiterrat Henckell !!

Donnerstag, den 14. August 1919, abends 7 Uhr

Sollversammlung des kommunalen Arbeiterrats im Rathaus, großer Sitzungssaal.

Um 5 1/2 Uhr nachmittags Traditionssigung der K. G. V. im Sitzungssaal 101.

Die Vorredner: **Michels, Grypletzig**

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands Filiale Berlin, Sebastianstraße 37/38

Achtung! Achtung! Streik bei d. Firma **Oppenheimer & Stern** Kaufstraße 31-32.

Die Mitglieder des Berufs-Schneiderverbandes, Schneider und Näherinnen bei der Firma **Oppenheimer & Stern** haben am 13. August 1919 die Arbeit niedergelegt. Die Firma ging entgegen den Bestimmung von des Tarifvertrages dazu über, Zeitlohnarbeiten innen Stundenlohnarbeit zuzumuten und als dies verwweigert wurde, Kündigungen vorzunehmen.

Die Kollegen und Kolleginnen stehen auf dem Standpunkt, daß es sich hier um eine Verflechtung der Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt und sind dementsprechend in den Streik eingetreten. Wir fordern die Näherinnen und Schneiderinnen der Damenkonfektion auf, für die Firma keine Arbeit anzunehmen und den Streikenden nicht in den Rücken zu fallen.

Die Ortsverwaltung.

Freitag, den 15. August, in der **Gewerkschaftsversammlung.** **Samstag, den 16. August, in der** **Gewerkschaftsversammlung.** **Sonntag, den 17. August, in der** **Gewerkschaftsversammlung.**

1. Der Kampf um die Scharte. 2. Cridgruppengründung.

Beversicherungsangestellte in den Provisions-Generalagenturen und Agenturen einschließlich der Einnehmer und Kassendoten.

Donnerstag, den 14. August 1919, nachmittags 4 Uhr, in Haberlands Festhale, Neue Friedrichstraße 35, Zimmer 6:

Wichtige Besprechung über den Schiedsspruch.

Das Erscheinen einer jeden Kollegin und eines jeden Kollegen, auch von den Firmen, die den Tarif anerkennen haben, ist unbedingt erforderlich.

Die Kartellverbände.

Warnung! Wir warnen hierdurch vor Ankauf unserer **Kappelmachine No. 3840,** die uns in der Nacht zum Mittwoch, den 13. August durch Einbruch gestohlen wurde.

Verlags-Genossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Kleine Anzeigen

Kaufgesuche

Metallankauf Kupfer, Messing, Zinn usw. Geld, Silber, Platin Metallschmelzwerk, Waldemarstr. 74.

Verschiedenes

Kau-Tabak, garantiert rein, mit Friedensleitz, hat wieder laund abzugeben.

Tschapke, Berlin O 112, Simon-Dachstr. 39, Alex. 192.

Hämorrhoiden 20000 Erfolge mit **BOKASAL** Topfsm. **SAMARITER APOTHEKE** BERLIN, 35. SW 68

Geschäftsführer für den Konsumverein Schmalkalden gesucht. Bedingung: Kostentierter Kaufmann mit gewerkschaftlichen Kenntnissen, der befristet ist, abgesehen von 1500 zu so. v. neue Verzeichnisse zu machen und zu überwachen. Offerten mit Gehaltsansuchen sind an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats **Christiana Nollmann**, Schmalkalden, Heindorfer Landstraße 28, zu richten.

Graupen-Mühle Stadtbekanntes Kraftmühl, Turiner Straße 3. An- und Verkauf von Geschäften jeder Art, Lagerkarte 35, Ufer 27.

Arbeitsmarkt Wagensattler, selbständiger, verlangt bei hohem Lohn Konrad, Lichtenberg, Weststraße 14.

Erster Buchhalter aus dem Zeitungsgewerbe zum sofortigen Austritt verlangt. Bewerbungen müssen bis zum 15. d. M. unter Angabe der Gehaltsansprüche und Nachweis der Organisationszugehörigkeit unter Aufsicht bei der Expedition der „Freiheit“ NW 6 Schiffbauerdamm 19 eingereicht sein.

Wir suchen für unsere Geschäfte **Deutscher Metallarbeiter-Verband** Nowawes, Kaiser-Wilhelm zum 1. September 1919 eine **Stenotypistin**

+ die auch die Registratur vorübergehend anstellen nach 4 wöchentlichen Probezeit
+ Gehalt nach Abereinbarung
+ Reflektiert wird auf nur erstklassige Bewerberinnen

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf! Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege der Metallarbeiter **Karl Biernatzki** am 10. d. M. an Herzschlag — der Schiefer

Franz Nosack am 9. d. M. an Magenleiden — der Monteur

Erich Tetzlaff am 5. d. M. an Tuberkulose — der Schlosser

Tobias Liedel am 7. d. M. — der Schlosser

Franz Krause am 4. d. M. — die Kollegin

Katharina Bieffcke Lichtenberg, Schornweberstraße 34, am 13. d. M. — starb.

Ehre Ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Als ein nachträgliches Opfer des Weltkrieges verstarb am 11. August inner Genossen **Wilhelm Weicknitz** Chodowickstr. 30.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. d. Mts., nachm. 4 Uhr von der Halle des St. Bartolomäus-Friedhofes in Weidensee, Falckenberger Straße 146-49, aus statt. Um rege Beteiligung wird gebitten.

Wir werden in diesem Sinne von weiter am Weiter-Friedhof, Der Vorstand.

Kostenlose Rechtsberatung. Von erfahrenem Richter außerdem öffentlich geliebtes Büro für Prozessführung u. Rechtsbeistand jeder Art. **Lothar Str. 47 (Rosenthaler Tor).**

Verkauf Feldschmelzen, Drehbänke, usw. Kleinmaschinen, Schweißmaschinen, Anbohrer, Elektrobohrer, Invertier, Schleifmaschinen, Schneidmaschinen, Knechtmaschinen, kleine Werkzeugmaschinen, Preiswert, Preisliste, Rosenthalerstr. 61.

Werkzeuge und Maschinen **Elektromotoren** Gleichstrom, 11 Volt, Ingenieurhandwerk, Schweißmaschinen, Berlin W 5, Lohstraße 10, Tel.: Lützow 2000

Unterricht Richtige deutsche sprechen, schreiben, wachsame (auch abendliche) erfolgreiche (Abend-) Unterrichtslehre, Antragskarte 157, Bismarckstr. 10

Das Heft 27 des **„Arbeiter-Rat“** enthält die graphische Darstellung der Räteorganisation auf wirtschaftlichem Gebiet sowie die Erläuterungen hierzu. Der Arbeiter-Rat erscheint wöchentlich. Im Abonnement monatlich 2,60 M. inkl. Porto.

Verlag des „Arbeiter-Rat“, Berlin SW, Schützenstrasse Nr. 37

